

# **Merkblatt zum Gesetz zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen im Bistum Osnabrück (Stand: September 2010)**

## **Welchen Inhalt hat das neue Gesetz?**

Das Gesetz zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen regelt, dass alle Mitarbeiter, die hauptamtlich mit der Betreuung von Kindern und Jugendlichen beauftragt sind, ab dem 01. August 2010 ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen müssen.

Mit dem Gesetz wird die Grundlage geschaffen, dass alle hauptamtlich in der Kinder- und Jugendarbeit Tätigen verpflichtet werden, ein erweitertes Führungszeugnis gemäß § 30 a BZRG vorzulegen.

Das Bistum Osnabrück möchte daher aus Sorge um das körperliche und geistige Wohl junger Menschen, zur Gewährleistung der Qualität kirchlicher Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und zur Wahrung des christlichen Erziehungsauftrages sicherstellen, dass nur von ihrer Persönlichkeit her geeignete Personen mit der Betreuung von Kindern und Jugendlichen beauftragt werden.

Durch das Bischöfliche Gesetz soll vermieden werden, dass Personen mit einschlägigen rechtskräftigen Verurteilungen im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung beschäftigt werden.

## **Welche Straftaten werden in dem erweiterten Führungszeugnis im Gegensatz zu dem gewöhnlichen Führungszeugnis aufgenommen?**

Das erweiterte Führungszeugnis führt alle Straftaten auf, deren Begehung eine Tätigkeit in der Betreuung von Kindern- und Jugendlichen ausschließt. Neben Verurteilungen wegen Sexualstraftaten, Zuhälterei oder exhibitionistischen Handlungen sind auch insbesondere die Verletzung der Fürsorgepflicht, die Misshandlung Schutzbefohlener, der Menschenhandel oder der Kinderhandel erfasst.

## **Welcher Personenkreis ist von der Neuregelung betroffen?**

Die Verpflichtung, ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen, betrifft insbesondere Beschäftigte folgender Personengruppen:

1. Geistliche
2. Ordensangehörige in einem Gestellungsverhältnis in Einrichtungen im Jurisdiktionsbereich des Diözesanbischofs
3. Pastoral- und Gemeindeferenten
4. Dekanatsjugendreferenten
5. Mitarbeiter in Kindertagesstätten in kirchlicher Trägerschaft
6. Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberater
7. Lehrkräfte an Schulen in kirchlicher Trägerschaft
8. sonstige Personen, die hauptamtlich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten

Sonstige Personen im Sinne der Nummer 8 sind alle Personen, die nicht unter Nummer 1-7 fallen und im kinder- und jugendpastoralen Handlungsfeld beratend oder betreuend eingesetzt sind.

Die Verpflichtung betrifft ebenfalls Honorarkräfte, Zivildienstleistende, Freiwilligendienstleistende und Mehraufwandentschädigungskräfte (sog. "1-Euro-Jobber").

Ehrenamtlich Tätige in der Kinder- und Jugendarbeit sind nicht verpflichtet, ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen. Im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit wird die Unterzeichnung einer Erklärung verlangt, die diesem Merkblatt beigelegt ist.

## **Wann muss das erweiterte Führungszeugnis vorgelegt werden?**

Das Bischöfliche Gesetz tritt zum 01. September 2010 in Kraft und alle ab diesem Zeitpunkt bereits hauptamtlich in der Kinder- und Jugendarbeit beschäftigten Mitarbeiter müssen dann ein erweitertes Führungszeugnis beantragen.

Für neu einzustellende Mitarbeiter/innen hat der zuständige Anstellungsträger den/die Mitarbeiter/in aufzufordern, das erweiterte Führungszeugnis zu beantragen und vorzulegen.

## **Wie und wo wird das erweiterte Führungszeugnis beantragt?**

Das erweiterte Führungszeugnis wird bei der Stadt bzw. Gemeinde im Einwohnermeldeamt beantragt, in der der/die Mitarbeiter/in den gewöhnlichen Wohnsitz hat. Die Antragstellung kann nur persönlich erfolgen. Bei der Antragstellung muss der/die Mitarbeiter/in ein Bestätigungsschreiben des Dienstgebers vorlegen, aus dem sich die Notwendigkeit der Eignungsprüfung ergibt.

*(Der Dienstgeber wird den Mitarbeitern das Bestätigungs-/Aufforderungsschreiben mit diesem Merkblatt aushändigen. Hilfreich dürfte, sofern möglich, das Beidrücken eines amtlichen Siegels sein.)*

Das erweiterte Führungszeugnis wird als privates Führungszeugnis beantragt, so dass das erweiterte Führungszeugnis zunächst an die Wohnsitzadresse des/der Mitarbeiters/in gesandt wird.

Der/Die Mitarbeiter/in ist verpflichtet, das erweiterte Führungszeugnis unmittelbar nach Erhalt an den Dienstvorgesetzten weiterzuleiten.

## **Wer trägt die Kosten der Beantragung?**

Für bereits beschäftigte Mitarbeiter/-innen trägt der Dienstgeber die Kosten in Höhe von 13 €.

Mitarbeiter/-innen, die nach dem In-Kraft-Treten des Gesetzes eine Beschäftigung aufnehmen, haben die Kosten für die erstmalige Beantragung im Rahmen der allgemeinen Bewerbungskosten selber zu tragen.

## **Wo wird das Führungszeugnis verwahrt?**

Das erweiterte Führungszeugnis wird nach der inhaltlichen Prüfung durch den Dienstvorgesetzten in einem verschlossenen Umschlag in der Personalakte verwahrt.

## **Was geschieht, wenn das Führungszeugnis Eintragungen enthält?**

Es dürfen nur solche Inhalte berücksichtigt werden, die in Zusammenhang mit rechtskräftigen Verurteilungen wegen §§ 171, 174 – 174 c, 176 – 181 a, 182 – 184 f, 225, 232 - 236 StGB stehen.

*(Eine Liste mit den eintragungsfähigen Straftaten ist diesem Merkblatt beigelegt.)*

Enthält das Führungszeugnis im Hinblick auf diese Straftaten Eintragungen, so darf der Mitarbeiter in dem bisherigen Tätigkeitsbereich nicht weiter beschäftigt werden.

Inhalte wegen rechtskräftiger Verurteilungen, die nicht mit Kindeswohlgefährdungen in Zusammenhang stehen, werden nicht berücksichtigt und ziehen keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen nach sich.

***Enthält das erweiterte Führungszeugnis relevante Eintragungen im Hinblick auf die oben aufgeführten Straftaten, so sind die zuständigen Aufsichtspersonen im Bischöflichen Generalvikariat zu informieren.***

**In welchen Abständen wird der Inhalt des Führungszeugnisses überprüft?**

Das erweiterte Führungszeugnis muss alle fünf Jahre neu beantragt und durch den Dienstvorgesetzten überprüft werden.

**Wer ist bei Verdachtsfällen zu informieren?**

Alle Mitarbeiter im kinder- und jugendpastoralen Dienst sind verpflichtet, bei Vorliegen eines Verdachtes auf Kindeswohlgefährdungen gegen eine/n kirchliche/n Bedienstete/n eine Mitteilung an den Bischöflichen Beauftragten im Sinne des § 4 Abs. 2 des Bischöflichen Gesetzes zu geben.

Osnabrück, 01.09.10

Janine Radermacher-Kötters

